

# Zwischen Subversion und Eskapismus: Internet in Russland

Von Andrej Soldatow

Im März 2019 feiert das World Wide Web seinen 30. Geburtstag. Lange Zeit stand es für ein utopisches Freiheitsversprechen. Und tatsächlich trug es bereits in seinen frühen Anfängen, vor knapp 28 Jahren, maßgeblich dazu bei, einen Putsch in Russland zu vereiteln und die noch junge Demokratie zu bewahren. Am 19. August 1991 rollten Panzer durch Moskaus Straßen und rissen die Anwohner aus dem Schlaf. In den frühen Morgenstunden bezogen schwer bewaffnete Einheiten Stellungen im Zentrum der russischen Hauptstadt. So nahm der vom KGB und dem Militär organisierte Staatsstreich seinen Anfang. Unzufrieden mit Michail Gorbatschows Reformen, wollten sie die Geschichte zurückdrehen und die Sowjetordnung restaurieren. Als erstes verhafteten sie Gorbatschow auf der Krim, der KGB kappte die persönliche Telefonleitung des Präsidenten in seinem dortigen Urlaubsquartier und anschließend sämtliche Telefonverbindungen vor Ort. Dann setzten sie die Panzer in Marsch und ergriffen Zensurmaßnahmen. KGB-Offiziere wurden in die Zeitungsredaktionen und Sendestationen entsandt.

Eines hatten die Putschisten allerdings völlig übersehen: die Tatsache nämlich, dass die Sowjetunion durch das damals aufkommende Internet bereits mit der Außenwelt in Verbindung stand. Ende 1990 hatte *Relcom* (REliable COMmunications), das erste sowjetische Netzwerk, bereits siebzig Städte erreicht und wurde von mehr als vierhundert Einrichtungen genutzt, von Universitäten und anderen Forschungsinstituten ebenso wie von Aktien- und Warenbörsen, Oberschulen und Regierungsinstitutionen. Eine geleaste Verbindung nach Helsinki verknüpfte Relcom mit dem weltweiten Internet.

Die Putschisten versäumten es auch, Boris Jelzin, eine charismatische Führungspersönlichkeit, und eine Gruppe seiner Unterstützer zu isolieren. Jelzin konnte sich zum russischen Weißen Haus – dem Parlamentsgebäude – durchschlagen und begann von dort aus, Widerstand zu organisieren.

In den ersten Stunden des Putsches klopfte ein Besucher an die Tür des Relcom-Büros am Moskauer Owtschinnikowskaja-Ufer und stellte sich als Vertreter des Jelzin-Teams vor. Er sei auf der Suche nach Firmen, sagte er,

\* Der Beitrag ist die deutsche Erstveröffentlichung eines Essays von Eurozine.com vom 11.12.2018.

die über Xerox-Kopierer verfügten und helfen könnten, Jelzins Aufrufe zu verbreiten. „Vergessen Sie Xerox“, beschied man dem Mann. „Wir stehen mit allen Großstädten in Verbindung und auch mit dem Westen.“ Der Jelzin-Mann verschwand wortlos, und an seiner Stelle erschien bald darauf ein zweiter mit Kopien der Jelzin-Erklärungen, die Relcom über seine Kanäle in Umlauf bringen möge. Die Internetverbindung zu Städten außerhalb Moskaus und über die Grenzen der Sowjetunion hinaus erwies sich als äußerst wichtig und wirkungsvoll bei der Verbreitung der Erklärungen Jelzins und anderer Demokraten. Schon bald brachte Relcom Presseerklärungen der unabhängigen sowjetischen Nachrichtenagentur Interfax und Meldungen anderer von den Putschisten für illegal erklärter Medien in Umlauf, etwa jene des Rundfunksenders Echo Moskwy, der Russischen Informations-Agentur, der Leningrader Nordwest-Nachrichtenagentur oder von Baltfax. Doch in anderer Hinsicht war die Internetverbindung sogar noch bedeutsamer. Am ersten Tag des Putsches kam einer der Relcom-Mitarbeiter auf die – unter dem Stichwort „Regime Nr. 1“ bekannt gewordene – Idee, alle Abonnenten zu bitten, aus dem Fenster zu schauen und genau zu beschreiben, was sie draußen sahen – nur Tatsachen, keine Emotionen. Schon bald verfügte Relcom so über ein kaleidoskopartiges Bild dessen, was sich draußen im Lande abspielte, und verbreitete neben aktuellen Nachrichten diese Augenzeugenberichte. Es stellte sich heraus, dass die Panzer und Soldaten nur in zwei Städten – Moskau und Leningrad – präsent waren und dass der Putsch scheitern würde. Tatsächlich warfen die Putschisten nach drei Tagen das Handtuch und ergaben sich den Jelzin-Leuten.

Zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte hatte das Internet unmittelbar die Sache der Demokratie gefördert und nicht lediglich als Mittel der Informationsverbreitung gedient. Es ermöglichte die Mitwirkung an etwas, das wir heute wohl *information crowdsourcing* nennen würden. Das war eine Sternstunde des Internets. Es gab allerdings auch eine Kehrseite, die damals – im Jahr 1991 – nur sehr wenige Menschen wahrnahmen.

Erstens war „Regime Nr. 1“ das Werk einer winzigen Personengruppe, deren Mitglieder zumeist den gleichen Bildungs- und Berufshintergrund hatten und in einem sehr autoritären Land lebten. Es handelte sich nicht um ein ausgeklügeltes demokratisches Verfahren, sondern um eine ziemlich ungefähre Vorstellung von Bürgerbeteiligung. Und zweitens ging „Regime Nr. 1“ von der Annahme aus, alle Relcom-Nutzer seien vertrauenswürdig. Schließlich war es unmöglich, die eingehenden Berichte zu überprüfen. Je mehr Nutzer sich beteiligten, desto weniger könnte die Sache funktionieren. Wie lange würde ein solches Verfahren wohl überleben?

### **Die Kultur des Eskapismus**

In den Nullerjahren machten sich die Russen in großer Zahl das Internet zu eigen. Das war die Zeit, in der Wladimir Putin an die Macht kam und die Art, wie in Russland Politik gemacht wurde, grundlegend veränderte. Die Grundregel des neuen Systems, das er einführte, galt der schnell wachsenden und

dynamischen Mittelschicht. Sie lautete ganz schlicht: Ich helfe Euch, Geld zu machen, indem ich die Steuern niedrig halte; ich garantiere Eure Sicherheit, indem ich die Rebellen im Nordkaukasus vernichte, des weiteren halte ich die Grenzen offen und verschaffe Euch Reise- und Bewegungsfreiheit. Im Gegenzug verzichtet Ihr auf jegliche Partizipation am politischen Leben des Landes und stellt keinerlei Fragen bezüglich der Methoden des Kreml – ob im russischen Kernland oder in Tschetschenien. Dabei verlange ich nicht einmal, dass Ihr wählen geht. Die niedrige Wahlbeteiligung ist mir durchaus recht. Im Grunde handelte es sich um ein Geschäft auf Gegenseitigkeit: Die Mittelschicht erhielt private Freiheiten im Austausch gegen den Verzicht auf politische Rechte. In ihrer Mehrheit akzeptierte die Mittelschicht diesen Deal. Und das Internet war Teil des Problems. Denn Mitte der Nullerjahre verloren viele Print-Journalisten ihren Job und TV-Kanäle wurden unter die Kontrolle des Kreml gebracht.<sup>1</sup> Das gehörte zu Putins Strategie, den öffentlichen Raum von Störenfrieden zu säubern. So wurde das Internet für viele Menschen der einzige Ort, an dem sie ihre Meinung frei äußern konnten. Aus Reportern wurden Blogger, die in ihrer überwältigenden Mehrheit der russischen Innenpolitik äußerst kritisch gegenüberstanden. Manche von ihnen hatten Tausende von Followern, waren aber durchaus nicht die populärsten Blogger. In Russland entstand eine neue Subkultur – eine „Netzkultur“, die ganz wesentlich auf dem „LiveJournal“, zu dieser Zeit die beliebteste Blogging-Plattform des Landes, basierte. Die prominentesten Vertreter der „Netzkultur“ waren apolitisch und zynisch. Sie spotteten und mokierten sich über die offizielle Politik, aber gleichermaßen über die Opposition, ja im Grunde über jede politische Stimme im Lande – von den Gewerkschaften bis zu kritischen Journalisten. Es war eine Art Anti-Establishment-Bewegung und passte perfekt in Putins Kalkül.

In Wirklichkeit handelte es sich um eine Kultur des Eskapismus, die ganz wesentlich dazu beitrug, das Ausmaß, in dem sich die neue Generation russischer Bürger politisch engagierte, zu vermindern. Das gilt auch für die technologisch fortgeschrittensten und – nach außen hin – am stärksten verwestlichten Teile dieser Generation.

Ohne Bezug zur politischen Realität und voller Misstrauen gegenüber den traditionellen Medien und anderen herkömmlichen Möglichkeiten, sich im Alltag des Landes zurechtzufinden, wandten sich viele Mitglieder dieser oberflächlich verwestlichten städtischen Mittelschicht populären Bloggern als einer Art ethischer Orientierungshelfer zu. Das Problem dabei war, dass die Blogger es nicht schafften, so etwas wie eine Berufsethik zu entwickeln. Dem Kreml entging das nicht: Putins Leute kooptierten alsbald eine Reihe prominenter Blogger, denen sie den Zugang zu hochrangigen Amtsträgern versprachen.

Am 17. August 2009 kam es dann zu einem schweren Unfall im Wasserkraftwerk von Sajano-Schuschenskaja am sibirischen Jenissej-Strom, dem größten hydroelektrischen Kraftwerk Russlands. Durch einen Wasserein-

1 Vgl. Ilya Yablokov, Don't let the facts spoil a good story, [www.eurozine.com](http://www.eurozine.com), 16.6.2017.

bruch im Turbinenraum kamen 74 Menschen zu Tode. Beunruhigt über das Medienecho auf die Katastrophe erprobte der Kreml eine neue PR-Methode. Ein kritischer Reporter der traditionellen Nachrichtenagentur Interfax wurde des Kraftwerks verwiesen, während man den populären Blogger und Fotografen Rustem Adagamow, genannt „Drugoi“ („der Andere“), einlud, über die Rettungsarbeiten zu berichten. Der akzeptierte und rückte die Vorgänge in ein den Behörden gefälliges Licht. Später wurde Adagamow in den Reporterpool des Kreml eingeladen, dessen Mitglieder bevorzugten Zugang zum Präsidenten genießen. Auch diesmal akzeptierte er. Ironischerweise sah Adagamow sich einige Jahre später gezwungen, das Land zu verlassen, als Teil einer neuen Welle politischer Exilanten.

### **Nawalnys Zauberformel**

Als das erste Jahrzehnt des neuen Millenniums zu Ende ging, zeigte der kulturell und wirtschaftlich aktivste Teil der russischen Gesellschaft – die verwestlichte urbane Mittelschicht – sich also, kurz gesagt, gänzlich unvorbereitet auf jegliche Form politischer Partizipation. Viel zu lange hatten die Leute es vorgezogen, vor ihren Laptops zu hocken und Witze, Memes und Belanglosigkeiten auszutauschen. Die neue russische Opposition begriff, worin das Problem bestand, und Alexej Nawalny war der Mann, der glaubte, eine Lösung gefunden zu haben.

Im Laufe der Nullerjahre hatte Nawalny sich auf mancherlei Art politisch betätigt. Er war der demokratisch-sozialistischen Partei Jabloko beigetreten, die ihn aber wegen fremdenfeindlicher Ansichten ausschloss. Daraufhin hatte er eine nationalistische Bewegung namens „Narod“ („Volk“) gegründet. Prominent oder populär machte ihn keines von beidem. Im Frühjahr 2008 fand er dann die Zauberformel. Er kaufte Aktien der größten Öl- und Gasfirmen, darunter Rosneft und Gazprom sowie das Öltransportmonopol Transneft – lauter Konzerne mit Staatsbeteiligung. Das eröffnete den Zugang zu Informationen über die Aktivitäten dieser Firmen, was ihm ermöglichte, deren Leitungen der Korruption zu bezichtigen. Im November 2010 berichtete Nawalny in seinem Weblog detailliert von seinen Recherchen über einen Transneft-Korruptionsfall. Beim Bau einer Pipeline von Ostsibirien zur Pazifikküste waren, wie er herausgefunden hatte, 120 Mrd. Rubel verschwunden. Er postete Kopien einschlägiger Dokumente, die in seinen Besitz gelangt waren. Am nächsten Morgen erwachte er als Russlands populärster Skandalmacher.

Nawalny war klar, dass er eine zynische Bevölkerung dafür gewinnen musste, sich zusammenzutun und Veränderungen einzufordern. „Man muss den Leuten komfortable Kampfmethoden anbieten“, sagte er 2010 Emily Parker, einer amerikanischen Wissenschaftlerin und früheren Politikberaterin des State Department.<sup>2</sup>

2 Später schrieb Parker eine ausgezeichnete Untersuchung der Rolle, die technische Neuerungen im Arabischen Frühling und bei den Moskauer Protesten spielten: Vgl. Emily Parker, *Now I Know Who My Comrades Are: Voices from the Internet Underground*, New York 2014.

„Jetzt ist, anders gesagt, nicht die Zeit, die Leute aufzurufen, auf die Straße zu gehen“, charakterisierte Parker Nawalnys Herangehensweise. „Es wäre viel wirkungsvoller zu sagen: Bitte füllen Sie einfach dieses Internetformular aus.“ Und ebendies tat Nawalny. Zu einem bequemen, unverbindlichen Internet-Aktivismus anzuregen, den manche Kommentatoren im Westen „slacktivism“ taufte, war Bestandteil seines Masterplans. Er wollte den Russen zeigen, dass sie in aller Gemütlichkeit von ihren Wohnzimmern aus gegen die Korruption angehen könnten.

Diese Strategie bewirkte zumindest eines: Sie machte Nawalny zum populärsten politischen Blogger des Landes. Doch dass sie die russische Gesellschaft auf die Woge des politischen Aktivismus vorbereitet hätte, zu der es Ende 2011 kam, lässt sich schwerlich behaupten.

### **Die Moskauer Facebook-Proteste**

Im Dezember 2011 brandete in Moskau eine Protestflut auf. Die städtische Mittelschicht fühlte sich von Putin hereingelegt, als dieser seine geplante Rückkehr in den Kreml zu einer dritten Amtsperiode als Präsident ankündigte. Das „Tauwetter“ unter Medwedjew war damit beendet. Zornige Moskauer gingen auf die Straße, unter ihnen fanden sich auch bekannte Blogger wie Adagamow, die seinerzeit als die kreative Klasse der Hauptstadt galten.

Viele Demonstranten trugen humorvolle Protestschilder und witzelten über Putin und Medwedjew. In der Menge herrschte während des rauhen Winters 2011/2012, auf dem Höhepunkt der Proteste, eine geradezu karnevaleske Stimmung.

Doch von Anfang an war klar, dass irgendetwas nicht stimmte. Nicht politische Parteien, Gewerkschaften oder charismatische Anführer hatten die Moskauer zu Zehntausenden auf die Straße gebracht. Sie hatten sich vielmehr, dem Beispiel des Arabischen Frühlings folgend, via Facebook selbst organisiert. Die meisten Teilnehmer der Proteste waren nicht bereit, eine politische Gruppierung oder Partei zu unterstützen. Allen, die im Russland der späten 1980er und der 1990er Jahre selbst Erfahrungen mit organisiertem Protest gemacht hatten, erschienen die jungen Leute von 2011 als unglaublich naive Truppe mit überaus schlichten Vorstellungen von dem, was sie erreichen wollten. 2011 wurde der populäre Thriller-Autor Boris Akunin enthusiastisch gefeiert, während ein Blogger mit enormer Gefolgschaft auf „LiveJournal“ die Bühne betrat, um die Bildung einer „Partei der ehrlichen Russen“ zu fordern. Die Jahre politischer Ignoranz, die in der Blogosphäre gefördert worden war, zeigten zweifellos Wirkung.

Aber bei aller Kritik bleibt ein Verdienst der Protestbewegung von 2011/12 festzuhalten: Die Moskowiter überwandene ihren Widerwillen dagegen, politisch aktiv zu werden. Viele schlossen sich – online wie offline – Gruppen an, die sich um die Duma, das russische Parlament, und um die Präsidentschaftswahlen kümmern wollten. Sie wollten sicherstellen, dass dort fair und rechtlich einwandfrei verfahren wird. Erzürnt ob der Gewalttätigkeit der

Bereitschaftspolizei bildeten einige Aktivisten Monitorgruppen, die Festnahmen von Demonstranten beobachten sollten. Das erwies sich bald als sehr wirkungsvolles Mittel, festgenommene freizubekommen und Polizeiverantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen – zumeist dank der Leute, die via Facebook von den Festnahmen berichteten.

Partizipation hieß nicht zuletzt, per Crowdsourcing Geld für die Protestdemonstrationen aufzutreiben. Für eine ordentliche Demonstration brauchte man eine gute Tonanlage und große Bildschirme, ganz zu schweigen von der Bühne. Das Crowdsourcing wurde via Yandex.Money organisiert, die russische Version von PayPal. Das funktionierte nicht schlecht: Am 18. Dezember 2011 teilten die Organisatoren auf Facebook mit, sie benötigten drei Mio. Rubel (umgerechnet rund 100 000 US-Dollar) zur Finanzierung der nächsten Großdemonstration. Diese Summe kam in nur vier Tagen zusammen.

Im März 2012 gewann Putin die Wahl und kehrte in den Kreml zurück. Die Niederlage der Opposition war allerdings größtenteils selbst verschuldet. Die Proteste hatten als Reaktion auf gefälschte Parlamentswahlergebnisse begonnen, aber die Opposition verfügte über keine politische Partei zur Vertretung ihrer Forderungen. Und einen Präsidentschaftskandidaten hatte sie auch nicht. In einer Hinsicht waren die Protestierer von 2011/2012, wie sich im Rückblick sagen lässt, vom Glück begünstigt. Die Pro-Kreml-Trolle, die Online-Diskussionen durch aufwiegelnde oder sachfremde Einträge stören sollten, verfehlten ihr Ziel, wenngleich aus rein technischen Gründen. Seit den Nullerjahren hatte der Kreml sich gegen unabhängige Medien und Blogger der Taktik des Trollens bedient. Sie wurde hauptsächlich auf der Plattform „LiveJournal“ entwickelt, die es gestattete, anonyme Botschaften zu posten. Diese Möglichkeit schöpften die Trolle exzessiv aus. 2011, als die Proteste ausbrachen, waren viele Moskowiter allerdings zu Facebook, VKontakte und Twitter gewechselt, was die Trolle völlig unvorbereitet traf. Doch dieser Vorteil der Opposition konnte nicht lange anhalten.

### **Die Stunde der Kreml-Trolle**

Im Westen wurde man sich erst 2016 der Bedrohung durch die Kreml-Trolle bewusst, obwohl diese schon 2014/2015 beträchtliche Schäden angerichtet hatten. In der Ukraine-Krise kamen sowohl auf Facebook und VKontakte als auch auf YouTube und Twitter Trolle zum Einsatz. Die Operation richtete sich gegen Ukrainer, aber am härtesten traf sie das russische Volk. Die Propagandakampagne des Kreml verfolgte drei Schwerpunkte: erstens das Vermächtnis des Zweiten Weltkrieges und das Image der Sowjetunion als des Landes, das die Welt vor dem Faschismus rettete, zu bewahren; zweitens Unmut über den Westen zu erregen und – drittens – Ängste vor einer neuerlichen blutigen Revolution zu schüren. Dabei kamen Stories zustande wie die eines Kindes, das von ukrainischen Faschisten gekreuzigt worden sei, als sie nach der Maidan-Revolution mit Unterstützung des undankbaren und verräterischen Westens in die Ostukraine vordrangen.

Um diese Zeit – in den Jahren 2014 und 2015 – hatte sich das Internet fundamental gewandelt. Es handelte sich nicht mehr wie in seinen Anfängen um einen von relativ wenigen IT-Profis mit vergleichbarem Hintergrund beherrschten Raum, in dem man sich stillschweigend an allgemein akzeptierte Regeln der öffentlichen Auseinandersetzung hielt. Schlimmer noch: Im Internet war jetzt, anders als seine Schöpfer es gewollt hatten, nicht mehr jeder Nutzer gleichberechtigt. Aufgrund des hierarchischen Konzepts der Online-Ratings erzielten Postings oder Videos, die große Konzerne oder Regierungen veröffentlichten, in den sozialen Medien deutlich mehr Aufrufe als solche, die gewöhnliche Nutzer posteten. Die herkömmliche Vorstellung von autoritäts- und reputationsgestützter Vertrauenswürdigkeit öffentlicher Äußerungen ging über Bord. Von ingenieurmäßig denkenden CEOs geführte Tech-Giganten setzten neue Vertrauenswürdigkeits-Kriterien durch. Jetzt zählten – im wahrsten Sinne des Wortes – die Größen, denen zu vertrauen man sie gelehrt hatte: Ziffern und Zahlen. Je mehr Clicks, Hits und Aufrufe Du erzielst, desto besser fällt Dein Rating aus – und um so mehr Nutzer nehmen wahr, was Du postest.

In westlichen Ländern gab es ein Gegengewicht gegen diese neue Vorstellung öffentlicher Vertrauenswürdigkeit – die traditionellen Medien. In Russland jedoch erwies sich die Bevölkerung als vollkommen wehrlos. Das Vertrauen in die herkömmlichen Medien war schon Jahre zuvor zusammengebrochen. Normale Nutzer – unfähig, die Authentizität der emotionalen Botschaften zu überprüfen, mit denen sie online überschüttet wurden – konsumierten diese nicht nur, sondern begannen sie zu teilen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt stand fest, dass die Online-Partizipation gewöhnlicher Bürger durchaus verheerende Konsequenzen zeitigen kann. Emotional gefärbte Fake News, Verleumdungskampagnen und irre Verschwörungstheorien überschwemmten die sozialen Medien. Und angesichts der Größenordnungen, in denen Nutzer sie teilten, wurden sie Gegenstand der Berichterstattung traditioneller Medien. Immerhin schaffte es eine Person, die sich das zunutze zu machen verstand, ins Amt des US-Präsidenten.

### **Die Manipulation der US-amerikanischen Öffentlichkeit**

Die globalen Plattformen wurden von dieser Entwicklung kalt erwischt. Ihre Vorstellung, was vertrauenswürdig sei und was nicht, basierte, wie gesagt, auf Hits, Views und Clicks. Sie hatten nicht vorhergesehen, dass Tausende von regulären Internetnutzern Desinformationen posten und teilen würden. Was wir seither erlebt haben – vor allem die Enthüllungen darüber, wie Russland Facebook benutzte, um bei Wahlkämpfen die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten und Europas zu manipulieren –, macht die Komplexität des Phänomens schmerzhaft deutlich. Die Untersuchung der russischen Einflussnahme auf die amerikanischen Präsidentschaftswahlen hat gezeigt, dass Trolling nie gänzlich abhängig von einer Technologie wie den sogenannten Bots war und auch nicht hauptsächlich durch Kremlbedienstete

praktiziert wurde, die irgendwo in Russland saßen und Anti-Clinton-Propaganda produzierten. Das Problem bestand eher in ganz gewöhnlichen Amerikanern und Europäern, die von Trolls lancierte Inhalte teilten oder oft genug eigene Posts mit vergleichbarer Stoßrichtung verbreiteten (die russische Trolle dann gerne aufgriffen).

Robert Mullers Anklageschrift zufolge betrug das Monatsbudget der russischen Trolling-Operation 2016 lediglich schlappe 1,25 Mio. US-Dollar, und selbst auf ihrem Höhepunkt verfügte sie über nicht mehr als 80 Mitarbeiter.<sup>3</sup> Trotzdem war die Operation hochwirksam: Facebook sagte aus, dass rund 126 Millionen seiner Nutzer sich mit Russland verbundene Inhalte angeschaut hatten.<sup>4</sup> Das bedeutet, dass viele Menschen diese Contents von sich aus teilten. Es gab Versuche, das Problem zu beheben. Im Januar 2018 begann Facebook beim Streaming von Social-Media-Einträgen „vertrauenswürdige“ Informationsquellen zu priorisieren, um solchermaßen „Sensationshascherei“ und „Desinformation“ zu bekämpfen.<sup>5</sup>

Die Idee öffentlicher Vertrauenswürdigkeit hat allerdings so großen Schaden genommen, dass derartige Versuche kaum Abhilfe schaffen dürften. Zum einen stellt sich die Frage, wer wohl Facebook dieser Tage überhaupt für ehrlich, qualifiziert und transparent genug halten würde, die Verlässlichkeit von Nachrichtenquellen korrekt einzustufen. Und warum auch sollte man diese Entscheidung ausgerechnet an Facebook delegieren? Vor allem liefert diese Methode keine Antwort auf die Frage, was denn geschehen soll, wenn Millionen Menschen plötzlich anfangen, Dinge zu teilen, die offenkundig nicht der Wahrheit entsprechen oder verletzend sind. Volkes Stimme – die *vox populi* – lässt sich weder ignorieren noch verbieten, selbst ihre hässliche Seite nicht. Und in unserer schönen neuen Welt ist es schon aus rein technischen Gründen unmöglich, sie aus dem Internet zu entfernen.

Ist das alles tatsächlich so schlimm, wie es aussieht?

## Neue Zeiten

Herbst 2018. Jewgenija Albaz, die Chefredakteurin des liberalen russischen Magazins „The New Times“, ist verzweifelt. Ihr Blatt, populär, aber hochgradig kremlkritisch, hatte die letzten Jahre nur mühsam überstanden. Die Behörden hatten das Magazin aus Moskaus Supermärkten und Pressekiiosken entfernt, was natürlich zu Gewinneinbußen führte. Einschüchterungsmaßnahmen des Kreml verschreckten Anzeigenkunden. Albaz hatte die Printausgabe des Magazins einstellen müssen, die Online-Version aber mit der ihr eigenen Sturheit aufrechterhalten.

Im Oktober 2018 jedoch brummt ein Moskauer Gericht „The New Times“ eine Geldstrafe von 22,3 Mio. Rubel (rund 300 000 Euro) auf. Albaz ist über-

3 Vgl. Russia's Troll Operation Was Not That Sophisticated, [www.theatlantic.com](http://www.theatlantic.com), 19.2.2018.

4 Vgl. Russian Influence Reached 126 Million Through Facebook Alone, [www.nytimes.com](http://www.nytimes.com), 30.10.2017.

5 Vgl. Facebook to prioritize „high quality“, trustworthy news, Zuckerberg say's, [www.theguardian.com](http://www.theguardian.com), 19.1.2018.

zeugt, dies bedeute das Aus für ihr Magazin. Das Gericht wirft ihr vor, sie habe die Verwendung von Mitteln der Press Freedom Support Foundation nicht korrekt angegeben – einer NGO, welche die russische Regierung als „ausländischen Agenten“ einstuft (ungeachtet der Tatsache, dass sie von einem russischen Unternehmer gegründet wurde). Albaz hält dagegen, alles sei ordnungsgemäß gemeldet worden, aber das Gericht berücksichtigt ihre Aussage nicht.

„Das ist der Bankrott“, sagt sie Journalisten. Der geforderte Geldbetrag entspricht den jährlichen Betriebskosten des Magazins und ist die höchste Geldstrafe der russischen Mediengeschichte.

Verzweifelt, aber nicht geschlagen startet Albaz eine Crowdfunding-Kampagne auf Facebook und Twitter. Das Resultat verblüfft sie ebenso wie die russischen Liberalen – und zweifellos auch den Kreml. Weit schneller als gedacht läuft das Geld auf den Konten des Magazins ein. Schon am vierten Tag twittert Albaz: „Wir haben's geschafft!!!! Es geht weiter! Dank an alle!!!!“ 25,4 Mio. Rubel waren zusammengekommen.

Natürlich fallen sofort Kreml-Trolle über die „New Times“ her und behaupten, das Geld stamme von Oligarchen, die über Putins Politik verärgert seien. Doch das stimmt nicht. Albaz zufolge befinden sich unter den über 15 000 Personen, die Geld auf die Konten des Magazins überwiesen hatten, nur fünf Reiche. Bei einem dieser Spender handele es sich um den exzentrischen (Rubel-)Billionär Jewgenij Tschitschwarkin, der im Londoner Exil lebt. „Ich möchte, dass Jewgenija Albaz weiter ihre Arbeit macht“, schrieb Tschitschwarkin im Zusammenhang mit seiner Spende von einer Million Rubel. „Aber Putin und seine Freunde möchten das nicht.“ Viele Spender überweisen kleine Geldbeträge, etwa tausend Rubel. Einige merkten geistreich an: „Ich unterstütze Euch, obwohl ich anderer Meinung bin als Ihr.“

Und viele gaben als Verwendungszweck schlichtweg an: „Für die Pressefreiheit“. Hier hat es sich dann doch noch erneut gezeigt – das utopische Potential des World Wide Web.



© complex / photocase.com

## Die Macht des Digitalen

Das Netz verändert grundlegend unsere Art zu kommunizieren und zu kooperieren. Wie aber lässt sich die »digitale Freiheit« verteidigen?

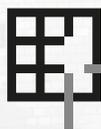
**Das Dossier auf [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de): 25 »Blätter«-Beiträge für 7,50 Euro**



# Eingesperrt und ausgeschlossen!

**Gefangene brauchen Ihre Hilfe, um die »Blätter für deutsche und internationale Politik« lesen zu können.**

Bitte spenden Sie die »Blätter für deutsche und internationale Politik« für Menschen in Haft zum Preis von: 84,60 € jährlich oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V., Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE02 1002 0500 0003 0854 00, Kennwort: Blätter, [www.freiabos.de](http://www.freiabos.de)



**Freiabonnements  
für Gefangene e.V.**

Foto: Beate Pundt



Alle 14 Tage montags  
online unter  
[www.das-blättchen.de](http://www.das-blättchen.de)

**In der Tradition der Weltbühne  
von Siegfried Jacobsohn,  
Kurt Tucholsky  
und Carl von Ossietzky:**

Links, liberal und unabhängig.

Mit Beiträgen zu Fragen der Zeit  
und darüber hinaus.  
Spezialrubrik: Vor 90 Jahren – Reprints  
aus der klassischen Weltbühne.



PDF-Abo: ab 33,80 Euro p.a.  
[www.das-blättchen.de](http://www.das-blättchen.de)

eBook-Abo: ab 57,20 Euro p.a.  
[www.das-blättchen.de](http://www.das-blättchen.de)